Die Grünen Dorsten · Halterner Straße 28 · 46284 Dorsten

Fraktion der Grünen im Rat der Stadt Dorsten

Geschäftsstelle
Halterner Straße 28
46284 Dorsten
fraktion@gruene-dorsten.de

Dorsten, 30. November 2021

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Thorsten Huxel

Es gilt das gesprochene Wort!

I.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

dass der Haushalt, den wir heute verabschieden werden und den wir den letzten Wochen in verschiedenen Gremien intensiv beraten haben, ein besonderer, fast schon historischer ist, das haben meine Vorredner bereits herausgearbeitet. Wir haben die Haushaltssanierung hinter uns gelassen. Wir können zwar nicht das Geld zum Fenster herausschmeißen – das sollte man ohnehin nie - aber wir haben inmitten einer unser gesellschaftliches und politisches Leben seit fast zwei Jahren beherrschenden Pandemie einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt bekommen, der nicht mehr von Bezirksregierung und Landrat abgesegnet werden muss.

Ich möchte mich daher an dieser Stelle zunächst bei all denjenigen bedanken, die die schwierigen Jahre der Haushaltssicherung – waren sie in Teilen sicher auch selbstverschuldet – besonnen und im Sinne der Stadt bewältigt haben. Zu diesen Personen gehören nicht nur meine beiden Vorredner, sondern auch Altbürgermeister Lambert Lütkenhorst, Bürgermeister Tobias Stockhoff und vor allem unser ehemaliger Kämmerer Hubert Große-Ruiken, der sich und uns mit dem nunmehr vorgelegten Haushalt sicher selbst das schönste Abschiedsgeschenk gemacht hat. Er hat uns in seiner letzten Haushaltsrede aber auch die Warnung, den Kurs der Sparsamkeit nicht zu verlassen, mit auf den Weg gegeben. Bei genauer Betrachtung der Haushaltszahlen ergibt sich dann auch, dass es vor allem die richtige und notwendige Corona-Isolierung ist, die uns bis 2025 positive Haushaltsergebnisse beschert.

Wohl kaum jemand von uns hat im März 2020 geahnt, dass uns die Pandemie unser tägliches Leben auch jetzt noch – Anfang Dezember 2021 – so sehr beschäftigt. Auch im Lichte der aktuellen Entwicklung dürfen sich gerade in der Politik die Vorsichtigen und Besonnenen nicht von den Panischen treiben lassen. Entscheidend ist nicht, wer wie ein bayerischer Ministerpräsident am lautesten schreit – entscheidend ist, was uns im Moment wirklich hilft. Insofern geht an dieser Stelle mein Dank all diejenigen, die das am Montag eröffnete Dorstener Impfzentrum innerhalb weniger Tage auf die Beine gestellt haben.

Doch auch wenn das Schließen der Impflücke und das konsequente Boostern der Weg aus der Pandemie heraus sein wird, ist es für uns weiterhin nicht absehbar, wie sich die pandemische Lage in den kommenden Monaten entwickeln wird. Noch weniger absehbar sind die langfristigen Auswirkungen für Schülerinnen und Schüler, für Auszubildende und für Handel und Gewerbe. Derzeit – und das kann uns vorsichtig positiv stimmen – scheint es so, als wäre die heimische Wirtschaft gut durch die Pandemie gekommen. Sollte sich dies bestätigen, bestehen gute Chancen, dass auch die kommenden Haushalte ausgeglichen sein werden. Doch die langfristigen Veränderungen, die sich durch die Pandemie ergeben, müssen wir im Blick haben. Gerade im Bereich der Digitalisierung, aber auch bei der Situation der Innenstädte hat die Pandemie Entwicklungen beschleunigt. Wir müssen daher weiterhin wachsam und mutig sein, um neue und innovative Wege zu gehen. Das gilt letztlich genauso beim Kampf gegen den Klimawandel. Hier erwarten die Menschen in Dorsten auch von als Lokalpolitik zurecht Antworten auf die drängenden Fragen.

Diese werden uns nicht ohne Investitionen gelingen. Daher wird es auch weiterhin nicht ohne Unterstützung durch den Kreis, das Land und den Bund gehen – und nicht ohne eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung. Diese positiven Elemente aus der Zeit der Haushaltssicherung sollten wir in den kommenden Jahren beibehalten.

II.

Mit Blick auf den Haushalt, über den wir in den letzten Wochen in vielen Fachausschüssen beraten haben und den wir heute verabschieden werden, lässt sich erahnen, welch positive Ergebnisse wir ohne die Pandemie erzielt hätten. Doch auch unter Berücksichtigung der Mehrbelastungen lässt das Ergebnis viele positive Entwicklungen erkennen. „Kreisbürgermeister" hin oder her – die positiven Entwicklungen durch die Reduzierung der Kreisumlage kommen uns zugute. Viel zu oft haben wir in den letzten Jahren in den Haushaltsreden so getan, als würden sich Kreis und kreisangehörige Städte feindselig gegenüberstehen. Das ist unnötig, denn der Kreis braucht die Städte und die Städte brauchen den Kreis. Ein konstruktiver und vertrauensvoller Umgang miteinander, sowohl auf Verwaltungs- als auch auf Politikebene, ist hierfür notwendig. Und da befinden wir uns auf einem guten Weg.

Ebenfalls positiv bewerten wir die vertrauensvolle Abstimmung mit den anderen Fraktionen der demokratischen Parteien im Vorfeld der heutigen Ratssitzung. Dem gemeinsam mit CDU und SPD eingebrachten Antrag, die lokale Kulturszene zu unterstützen, kommt gerade jetzt in dieser vierten Pandemie-Welle noch einmal eine besondere Bedeutung zu. Auch der im Haupt-und Finanzausschuss letztlich zurückgezogene Antrag der CDU-Fraktion, dauerhaft ein Citymanagement zu etablieren, war auch wenn er noch nicht ausgereift war, im Ansatz durchaus begrüßenswert. Da „Wir machen Mitte" nur der Startschuss für ein modernes Citymanagement war, dürfen wir jetzt mit diesen guten Bedingungen nicht nachlassen. Gastronomie, Kultur, Dienstleistung, Aufenthaltsqualität, Vorrang für Fahrrad- und Fußwege und attraktiver Einzelhandel – das sind die Zutaten für lebhafte Stadt- und Stadtteilzentren. Zur Koordinierung dieser Querschnittsaufgabe ist ein modernes Citymanagement daher durchaus ein überzeugendes Instrument.

Wir können auch den Stellenplan im Wesentlichen mittragen. Im Sommer dieses Jahres haben wir einen Antrag auf Bildung eines echten Umweltdezernates in den Rat eingebracht. In der anschließenden Debatte konnten wir jedenfalls feststellen, dass sich auch die meisten anderen Fraktionen inzwischen der Bedeutung des Umwelt- und Klimaschutzes bewusst sind. Insofern sehen wir auch die nun angestrebte Bildung einer Stabsstelle „Umwelt-, Klima-, Natur-und Verbraucherschutz“ als positives Signal. Ausreichend wird – diese Prognose wagen wir schon zum jetzigen Zeitpunkt – dieser Schritt allerdings nicht, insbesondere, weil kein klarer Stellen- und Kompetenzzuwachs mit ihm verbunden ist. Doch schon jetzt geraten wir in vielen Bereichen des Umweltschutzes als Stadt an unsere Grenzen. Für die Information und Kontrolle von illegalen Schottergärten ist kein Personal da, die Mobilitätswende kommt nur schleppend voran, auch das lang angekündigte Mobilitätskonzept ist immer noch nicht in Sicht. Die Erarbeitung einer neuen Baumschutzsatzung ist ebenfalls in weite Ferne gerückt und auch die Fortschritte in Sachen Energiewende reichen nicht aus. Wer es mit dem Umwelt- und Klimaschutz ernst meint, muss auch die hierfür notwendigen finanziellen und personellen Mittel bereitstellen und sich im Zweifel auch einmal bereit sein, unbequeme Wahrheiten auszusprechen.

Während wir im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes also nach wie vor eine zu dünne Personaldecke haben, sind die Zahlen der Beschäftigten in anderen Bereichen, etwa im Bereich der Inneren Verwaltung in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Dies gilt auch für den Bereich des Jobcenters und Sozialamtes. Dies können und wollen wir nicht der Stadt anlasten, denn es handelt sich dabei um Pflichtaufgaben, die von Bund und Land auferlegt worden sind. Hier müssen wir unseren Vertreter*innen in Land und Bund deutlich machen, dass eine Entbürokratisierung hin zur antragslosen Sozialverwaltung die Zukunft ist, damit wieder mehr Zeit für eine persönliche Beratung auf Augenhöhe ist und sich die Menschen in unserer Stadt nicht mehr Bittsteller*innen, sondern als eigenständige Bürger*innen wahrnehmen. Hierzu gehört – um dies klarzustellen – natürlich auch die Eigeninitiative.

Letztere war auch von uns gefordert, um den vorgelegten Haushaltsentwurf verstehen zu können. Dabei spreche ich nicht einmal vom gewaltigen Umfang, denn dieser ergibt sich schlichtweg aus dem Umfang der Aufgaben unserer Stadt. Doch wer sich nicht berufsmäßig oder zumindest seit Jahren oder Jahrzehnten ehrenamtlich mit dem Haushalt beschäftigt, der wird dieses Zahlenwerk kaum verstehen können. Wir freuen uns, dass die Mitarbeitenden der Verwaltung im Rahmen der Haushaltsberatungen auch bereit waren, Fragen zu klären, doch unser Anspruch an einen Haushalt ist grundsätzlich ein anderer. So sollten zu den vorgelegten Rechnungsergebnissen auch die damaligen Ansätze angegeben werden, um Planung und Ergebnis seriös vergleichen zu können. Auch die Erklärungen – gerade für deutliche Veränderungen in den einzelnen Budgets – sind nicht immer ausreichend. Die Steuerung des Haushalts durch uns, durch die Politik und damit eine der wesentlichen Aufgaben des Stadtrates wird dadurch erheblich erschwert und schafft möglicherweise Misstrauen. Wir denken nicht, dass die Stadtverwaltung etwas zu verbergen hat. Dann sollte sie aber auch bestehende Schwächen in der Haushaltsdarstellung beheben und so einen transparenten Haushaltsentwurf präsentieren. Wäre es nicht ein toller Fortschritt, wenn Bürgerinnen und Bürger anhand des Haushaltsentwurfs eigene Ideen einbringen könnten?

Die gerade vorgebrachte Kritik gilt im Wesentlichen auch für den Stellenplan. Auch hier wollen wir uns keineswegs über Umfang und Komplexität beschweren – doch in der derzeitigen Darstellung ist es für uns kaum möglich, den Entwurf der Verwaltung konstruktiv zu begleiten und konkrete Änderungen zu fordern. Hier wäre eine genaue Stellenbeschreibung, ein Vergleich der Stellenanzahl mit Durchschnittswerten oder Ergebnisse von Personalbemessungen sinnvoll. Wir sind uns bewusst, dass die Komplexität des Stellenplans hierdurch erhöht werden würde – doch wir sind gerne bereit, uns noch intensiver als jetzt schon mit den Unterlagen zu beschäftigen, wenn wir so den Auftrag unserer Wählerinnen und Wähler besser umsetzen können.

Um nicht nur Kritik anzubringen, ist es uns auch wichtig, den neuen Stadtkämmerer und seine Bereitschaft, hier Verbesserungen anzustreben, zu loben. Der frische Wind wird der Verwaltung und der Stadt guttun. Wir sind gerne bereit, konstruktiv an den Verbesserungen mitzuwirken.

III.

Der Rat beschließt heute nicht nur den Haushalt für das kommende Jahr, sondern auch die Fortschreibung der Zahlen für die Jahre bis 2025. Dementsprechend ist es auch notwendig, einen etwas längerfristigen Blick auf die Entwicklung unserer Stadt und deren Finanzen zu werfen. Wie sich die Corona-Pandemie konkret weiterentwickelt, ist nicht seriös vorherzusehen. Doch selbst wenn die derzeitige vierte Welle die letzte sein sollte und wir es im kommenden Jahr schaffen sollten, die Pandemie vollständig zu überwinden, werden uns wirtschaftliche Folgen noch viele Jahre begleiten. Wie vorhin bereits angesprochen ist es sowohl richtig, dass wir als Stadt jetzt die Möglichkeit erhalten, pandemiebedingte Belastungen isolieren zu können als auch der Ansatz unserer Kämmerei, diese Isolierungen nicht unendlich lange fortzuführen. Denn klar ist auch, dass Kinder und Jugendliche schon jetzt durch die massiven Einschränkungen in der Schule und im Sozialleben Verlierer der Pandemie sind. Wir müssen daher dringend verhindern, ihnen einen kommunalen Schuldenberg zu hinterlassen.

Stichwort Schuldenberg: Den hinterlassen wir ihnen so oder so, wenn wir das Problem der Altschulden nicht endlich lösen. Die Problematik mag vor dem Hintergrund der niedrigen Zinsen für Liquiditätskredite derzeit weniger relevant sein, angehen müssen wir sie dennoch. Wir haben als Grüne längst unser Modell für einen Altschuldenfonds vorgestellt, mit dem Land und Bund gemeinsam den Kommunen nachhaltig beim Abbau der Schulden helfen. Es darf wie im Fall der Stadt Mainz nicht von den Gewerbesteuereinnahmen eines Unternehmens wie Biontech abhängen, dass man von heute auf morgen von einer Problemkommune zum kommunalen Schlaraffenland wird. Jede Kommune hat einen Neustart und die damit verbundene Möglichkeit, ihre Entwicklung selbstständig zu steuern, verdient.

Ebenso sind wir verpflichtet, im Sinne der Kinder und Jugendlichen den Schutz unserer Umwelt weiter und mehr als bisher voranzutreiben. Wir müssen auch als Stadtgesellschaft aufhören, irreführende Aussagen wie „Ökologie, Ökonomie und Soziales müssen in Einklang gebracht werden“ zu verbreiten. Eine solche Aussage vermittelt den völlig falschen und gefährlichen Eindruck, die oben genannten Begriffen stünden in Konkurrenz zueinander und müssten in einen schonenden Ausgleich zu einander gebracht werden.

Eine ambitionierte und notwendigerweise entschlossene Umwelt- und Klimaschutzpolitik braucht keine Verbote, sie spielt auch nicht Umweltschutz gegen Ökonomie oder den sozialen Frieden aus. Vielmehr verbindet sie schon notwendigerweise all diese Elemente miteinander. Denn noch haben wir die Wahl – wir können auf klimafreundliche Industrie setzen und diese auch in Dorsten fördern, wir können Menschen noch davon überzeugen, dass Schottergärten aus gutem Grund unzulässig sind, wir können als Politik und Verwaltung Bus- und Bahnfahren in Dorsten und Umgebung attraktiv machen. Noch können wir selbst den Schalter umlegen, unser Arbeits- und Freizeitleben klimafreundlicher gestalten und so die Auswirkungen des Klimawandels abdämpfen. Wenn uns dies nicht gelingt, wenn Teile unserer Stadt regelmäßig von Überschwemmungen bedroht sind, wenn Lebensmittel für einen großen Teil der Bevölkerung unbezahlbar geworden sind und wenn Dürreperioden unser Leben unerträglich machen, dann brauchen wir weder über den „Schutz“ unserer Wirtschaft noch über den sozialen Frieden reden – denn dann wird beides nicht mehr möglich sein.

Etwas weniger dramatisch, aber ebenso mit klarem Handlungsbedarf verbunden ist der uns drohende Fachkräftemangel. Jahrelang wussten die Behörden in unserem Land, dass Pensionierungswellen kommen und dass zu wenige Auszubildende und Absolvierende als Personal zur Verfügung stehen. Und dennoch hat man das Problem des Fachkräftemangels in der öffentlichen Verwaltung – auch in Dorsten – mit einer fast schon an Arroganz grenzenden Ignoranz beiseitegeschoben. Nein, es reicht inzwischen nicht mehr, dass der Arbeitsplatz relativ sicher ist und die Gehaltszahlung pünktlich erfolgt. Die Behörden stehen in vielen Fachbereichen – sei es Ingenieurinnen und Ingenieuren, bei Juristinnen und Juristen oder bei Stadtplanerinnen und Stadtplanern – in einem enormen Konkurrenzkampf mit anderen Arbeitgebern, der alleine mit den oben genannten vermeintlichen Vorteilen des öffentlichen Dienstes nicht mehr gewonnen werden kann. Auch bei einer notwendigen Anhebung der Gehälter wird die Verwaltung allein in dieser Hinsicht nicht mit der Privatwirtschaft mithalten können. Dies ist auch nicht notwendig. Es würde schon reichen, wenn sich die Verwaltung als Arbeitgeber modern und aufgeschlossen zeigt – ohne Papierformulare, ohne Faxgeräte, ohne Möbel, die bei einem bösen Blick in sich zusammenfallen und mit einer dem Zeitgeist entsprechenden Einstellung zu seinen Mitarbeitenden. Wir freuen uns, dass die Verwaltung in Person unseres neuen Kämmerers die Zeichen der Zeit erkannt zu haben scheint und hoffen auf den dringend notwendigen frischen Wind.

Darüber hinaus wird es auch nicht ohne eine Weiterbildungsoffensive gehen. Einfache Jobs werden in Zukunft immer weniger benötigt – das müssen wir gerade Schülerinnen und Schülern, aber auch gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern deutlich machen. Jobcenter und Arbeitsagenturen müssen hier als Partner auf Augenhöhe agieren, um attraktive Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten. Auch Menschen, die zu uns geflüchtet sind, müssen wir durch Sprachkurse, Umschulungen und Weiterbildungen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt geben – dann sind sie auch eine Chance für unser Land. Deutschland ist ein Einwanderungsland und ohne Einwanderung werden wir unseren Wohlstand nicht halten können – daran sollten auch die Mitglieder des Stadtrates denken, wenn wir in zwei Wochen darüber abstimmen, ob Dorsten ein Sicherer Hafen werden soll.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben gehört: Die Herausforderungen unserer Stadt werden auch nach der Pandemie nicht kleiner. Wir müssen ihnen mutig und entschlossen begegnen und gemeinsam mit Rat und Verwaltung nach der bestmöglichen Strategie für unsere Stadt suchen. Dabei kann aus unserer Sicht gerne intensiv und hart in der Sache diskutiert werden. Wir sind auch für die Diskussion und die Debatte in den Rat gewählt worden – nicht nur für das Abnicken von Vorschlägen der Verwaltung. Dass wir dabei auf persönliche Attacken verzichten, sollte selbstverständlich sein – war es aber in den letzten Monaten leider nicht für jeden unter uns. Dennoch sehen wir als Grüne das erste Jahr des neuen Stadtrates positiv – er ist erkennbar bunter und offener geworden. Und auch im Kontakt mit der Verwaltung haben sich durch den oben erwähnten frischen Wind viele neue und positive Ansätze ergeben. Ansätze, die weiterentwickelt und gepflegt werden müssen. Hierzu sind wir bereit – und im Vertrauen auf die Bereitschaft der Verwaltung stimmen wir dem vorgelegten Haushalt heute auch zu.

Thorsten Huxel

Bündnis 90/Die Grünen